

## Presseinformation

Wie trocken wird der Sommer 2025?

### **Wasserwirtschaft fordert resiliente Infrastruktur zur Sicherstellung der öffentlichen Wasserversorgung**

**Berlin, 16. April 2025** – Geringe Niederschläge führen aktuell zu für diese Jahreszeit ungewöhnlich niedrigen Flusspegeln und sinkenden Füllständen in den Talsperren. Auch oberflächennahes Grundwasser reagiert mit fallenden Wasserständen auf den fehlenden Niederschlag. War der Winter 2023/2024 noch der nasseste seit Beginn der Wetteraufzeichnungen vor rund 150 Jahren, werden die Folgen des überdurchschnittlich trockenen, nun zu Ende gegangenen Winterhalbjahres sichtbar. „Die Trinkwasserversorgung in Deutschland ist nicht gefährdet. Regional kommt es dennoch zu Herausforderungen. Für die Wasserversorger und Betreiber von Talsperren sind die nächsten Wochen von besonderer Bedeutung. Ihr Blick richtet sich auch auf die Niederschlagsprognosen, um im Fall anhaltender Trockenheit frühzeitig durch die Steuerung und Vernetzung ihrer Brunnen und Wassergewinnungsanlagen die Wasserfügbarkeit sicherzustellen. Im Falle geringer oder gar ausbleibender Niederschläge könnte regional auch der Wasserbedarf reduziert werden“, so Dr. Wolf Merkel, Vorstand Wasser des DVGW Deutscher Verein des Gas- und Wasserfaches e.V.

Seit den Trockenjahren 2018 und 2019 haben viele Wasserversorger und Wasserbehörden sogenannte Wasserampeln etabliert, um die Bevölkerung frühzeitig zum Wassersparen aufrufen zu können. Gleichzeitig führen Vereinbarungen mit industriellen Brauchwasserkunden dazu, dass diese ihren Wasserbedarf in Zeiten knapper Wasserverfügbarkeit auch kurzfristig reduzieren können. Mittelfristig jedoch muss dem Klimawandel und dadurch häufiger auftretenden Trocken- und Hitzeperioden mit einer resilienten, an den Klimawandel angepassten Infrastruktur begegnet werden, so die Forderung des DVGW.

Rund 70 Prozent des Trinkwassers wird aus Grundwasser gewonnen. Deren Vorkommen reagieren langsamer auf ausbleibenden Regen; nicht aufgefüllte Bestände schlagen erst mittelfristig durch. Rund 14 Prozent stammen dagegen aus Oberflächenwasser von Flüssen, Seen und Talsperren. Die zu trockenen Monate Februar, März und April werden

sich bei den Füllständen der Talsperren bemerkbar machen, denen ein Teil des Winterzuflusses fehlt. Dazu erklärt Thomas Klein, Geschäftsbereichsleiter Technik und Flussgebietsmanagement beim Wupperverband: „Im Bergischen Land sind wir in Sachen Versorgung gut aufgestellt. Die regionalen Wasserversorger können ihr Rohwasser für die Trinkwasseraufbereitung aus mehreren Ressourcen beziehen. Trotz der Trockenheit haben unsere drei Trinkwassertalsperren zurzeit einen guten Füllstand, da diese vom dem sehr nassen Vorjahr profitieren. Die Folgen des Klimawandels waren in den letzten Jahren bereits immer wieder spürbar. Das bedeutet für uns, statt der früher festgelegten starren Betriebsregeln eine flexiblere Bewirtschaftung der Talsperren zu etablieren, um auf die veränderten klimatischen Rahmenbedingungen schneller reagieren zu können.“

Die Auswirkungen des Klimawandels stellen zunehmend eine Herausforderung für die Wasserversorgung dar; Konflikte hinsichtlich der Verteilung der wichtigen Ressource werden zunehmen. „Grundsätzlich verhalten sich die Menschen in Zeiten von Trockenheit richtig. Trotzdem wird es ohne ordnungsrechtliche Vorgaben nicht gehen. Wir plädieren dafür, dass die öffentliche Wasserversorgung gegenüber anderen Nutzergruppen im behördlichen Vollzug Vorrang hat“, betont DVGW-Vorstand Merkel. Das Wasserhaushaltsgesetz, in Verbindung mit Artikel 28 des Grundgesetzes, bietet dazu die geeignete Handlungsrundlage. Wichtig ist, dass die Wasserinfrastruktur vor dem Hintergrund des fortschreitenden Klimawandels ertüchtigt wird. Das muss politisch ebenso Priorität haben wie die Beschleunigung der Genehmigung von Wasserrechten.

Die neue Bundesregierung muss mehr Geld als bisher in die Hand nehmen, um Maßnahmen zur Klimawandelanpassung zu finanzieren. Bundesländer, Kommunen und Wasserversorger benötigen vom Bund eine finanzielle Unterstützung bei der Entwicklung einer klimaresilienten Infrastruktur – sei es durch Förderprogramme, steuerliche Entlastungen oder Fondslösungen. Vor diesem Hintergrund ist es begrüßenswert, dass der Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD die Infrastrukturanpassung für die Wasserversorgung explizit benennt.

### **Weitere Informationen:**

Wasserpolitische Forderungen des DVGW: <https://www.dvgw.de/der-dvgw/positionen>

#### Kontakt:

Deutscher Verein des Gas- und Wasserfaches e.V.  
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

presse@dvgw.de  
www.dvgw.de

### Hauptgeschäftsstelle

Josef-Wirmer-Straße 1-3, 53123 Bonn

### Büro Berlin

Hannoversche Straße 19, 10115 Berlin

### **Lars Wagner**

Leiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit /  
Pressesprecher  
Telefon: (030) 79 47 36 – 64

### **Sabine Wächter**

Pressesprecherin  
Telefon: (0228) 91 88 - 609

Der **Deutsche Verein des Gas- und Wasserfaches e.V. (DVGW)** fördert das Gas- und Wasserfach mit den Schwerpunkten Sicherheit, Hygiene und Umweltschutz. Mit seinen rund 14.000 Mitgliedern erarbeitet der DVGW die allgemein anerkannten Regeln der Technik für Gas und Wasser. Klimaneutrale Gase und insbesondere der Zukunftsenergieträger Wasserstoff sind in der Arbeit des DVGW von besonderer Bedeutung. Der Verein initiiert und fördert Forschungsvorhaben und schult zum gesamten Themenspektrum des Gas- und Wasserfaches. Darüber hinaus unterhält er ein Prüf- und Zertifizierungswesen für Produkte, Personen sowie Unternehmen. Die technischen Regeln des DVGW bilden das Fundament für die technische Selbstverwaltung und Eigenverantwortung der Gas- und Wasserwirtschaft in Deutschland. Sie sind der Garant für eine sichere Gas- und Wasserversorgung auf international höchstem Standard. Der gemeinnützige Verein wurde 1859 in Frankfurt am Main gegründet. Der DVGW ist wirtschaftlich unabhängig und politisch neutral. Mit neun Landesgruppen und 62 Bezirksgruppen agiert der DVGW auf lokaler sowie überregionaler Ebene und ist in der ganzen Bundesrepublik vertreten. Themen mit bundesweiter oder europäischer Dimension werden durch die Hauptgeschäftsstelle in Bonn mit Büros in Berlin und Brüssel abgedeckt.